

# Informationen zur Verpflichtungserklärung



## **1. Wann ist die Abgabe einer Verpflichtungserklärung notwendig?**

Die Abgabe einer Verpflichtungserklärung dient der Absicherung der Kosten für den Lebensunterhalt zu Gunsten eines Drittstaatsangehörigen und ermöglicht diesem den Nachweis im Verwaltungsverfahren, dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels im Hinblick auf die Sicherung des Lebensunterhalts erfüllt werden.

## **2. Wo erhalte ich die Verpflichtungserklärung und welche Verpflichtungen gehe ich damit ein?**

In den Fällen, in denen der Eingeladene nicht in der Lage ist, seinen Aufenthalt mit eigenen Mitteln zu finanzieren, können Sie sich verpflichten, für alle aufgrund des Aufenthaltes des Ausländers in Deutschland entstehenden Kosten, einschließlich der Kosten für eventuelle Krankenbehandlung und Rückführung in das Heimatland, aufzukommen.

Zuständig für die Entgegennahme einer solchen Verpflichtungserklärung nach §§ 66 - 68 Aufenthaltsgesetz sind regelmäßig die deutschen Ausländerbehörden am Wohnort des Einladers. Dort sind auch die entsprechenden Formulare erhältlich. Im Rahmen der Unterzeichnung einer Verpflichtungserklärung wird die Bonität des Einladers geprüft und dessen Unterschrift beglaubigt.

Die genannten Paragraphen enthalten alle näheren Informationen, wobei insbesondere § 66 Absatz 2, § 67 zum Umfang der Kosten und § 68 Aufenthaltsgesetz zur Haftung für den Lebensunterhalt maßgebend sind. Zum Lebensunterhalt gehört neben Ernährung, Wohnung, Bekleidung und anderen Grundbedürfnissen auch die Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit.

## **3. Wie lange ist eine Verpflichtungserklärung gültig und kann sie widerrufen werden?**

Zwischen dem Zeitpunkt der Abgabe einer Verpflichtungserklärung und der Visumerteilung sollten grundsätzlich nicht mehr als 6 Monate liegen, da sich in der Zwischenzeit die finanziellen Verhältnisse des Verpflichtungserklärenden geändert haben können. Nach Ablauf dieses Zeitraums wird daher im Regelfall die Abgabe einer neuerlichen Verpflichtungserklärung erforderlich. Der Widerruf einer Verpflichtungserklärung ist gesetzlich nicht vorgesehen.

#### **4. Die Voraussetzungen für die Abgabe einer Verpflichtungserklärung**

##### **a) Bonität:**

Die Ausländerbehörde prüft, ob der Gastgeber über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, um eventuell gewährte Leistungen der öffentlichen Hand zurückzufordern. Hierzu werden folgende Nachweise benötigt:

- Einkommensnachweis (Arbeitsvertrag, die letzten drei aktuellen Gehaltsnachweise, bei selbständig Erwerbstätigen die letzte Steuererklärung etc.) oder
- Bankbürgschaft in ausreichender Höhe oder
- Hinterlegung einer Sicherheitsleistung (in Form von Bargeld). Die Sicherheitsleistung berechnet sich auf Grundlage der Regelbedarfsstufe 1 gem. der Anlage zu § 28 des Zwölften Sozialgesetzbuchs in der für das jeweilige Jahr nach der Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung und ist nach dem sechsfachen dieses Betrags pro Erwachsenem Gast und nach dem dreifachen selbigen Betrag pro minderjährigem Gast anzusetzen. Da sich diese Beträge in der Regel jährlich ändern, ändert sich auch die Höhe der zu hinterlegenden Sicherheitsleistung entsprechend. Aktuell beträgt die Höhe der Sicherheitsleistung:

für jeweils einen Erwachsenen: **3.378,00 €**

für jeweils ein Kind: **1.689,00 €**

Bei der Ermittlung des ausreichenden Einkommens werden die Pfändungsgrenzen nach der Zivilprozessordnung (ZPO) herangezogen. Ausreichend ist ein Einkommen dann, wenn dieses eine Pfändung in Höhe des maßgebenden Satzes der Regelsatzverordnung nach dem Sozialgesetzbuch II erlaubt.

##### **b) Wohnraumnachweis:**

- Mietvertrag mit Angabe der Größe der Wohnung
- Wohnungseigentum mit Nachweis über die Größe des Wohnraums
- Zimmernachweis (Hotel, Pension etc.)

##### **c) Reisekrankenversicherung:**

Der ausländische Gast muss bei der deutschen Auslandsvertretung (Botschaft oder Konsulat) eine Reisekrankenversicherung nachweisen. Diese kann im Ausland oder von Ihnen als Gastgeber im Bundesgebiet abgeschlossen werden.

#### **7. Gebühren**

Für die Prüfung Ihres Antrages, der Beglaubigung der Erklärung und der notwendigen Fertigung von Kopien der vorgelegten Nachweise wird eine Gebühr in Höhe von 29,00 € erhoben. Sollten Sie eine Fotokopie wünschen beträgt die Gebühr hierfür 1,20 €, wünschen Sie eine Beglaubigung beträgt die Gebühr 5,00 €.

##### **Allgemeiner Hinweis:**

Das Schengenvisum zu Besuchszwecken wird für **maximal 90 Tage** erteilt. Der Besucher muss das Visum bei der deutschen Auslandsvertretung vor der Einreise für den Zeitraum beantragen, den er tatsächlich in Deutschland verbringen möchte. Bitte weisen Sie Ihren Gast darauf hin, dass eine Verlängerung des Visums in Deutschland in der Regel nicht möglich ist.

**Mit freundlichen Grüßen,**

**Ihr Ausländeramt der Stadt Waldshut-Tiengen**

# Angaben

## zur Einladung eines Gastes aus einem visapflichtigen Land

### Vorbemerkung:

Die deutsche Auslandsvertretung erteilt in aller Regel nur noch dann ein Touristenvisum, wenn ein Gastgeber in Deutschland sich gegenüber der Ausländerbehörde verpflichtet, alle Kosten, die mit dem Aufenthalt des Gastes entstehen könnten, zu übernehmen. **(Verpflichtungserklärung)**

Die Abgabe dieser Erklärung wird dokumentiert. Eine Ausfertigung des Dokumentes erhält der Gastgeber zur Weiterleitung an seinen Gast zur Beantragung des Visums. Eine Ausfertigung verbleibt zusammen mit weiteren Unterlagen beim örtlichen Ausländeramt.

Für die Ausstellung der Verpflichtungserklärung sind nachfolgende persönliche Angaben notwendig:

### Angaben zum Gastgeber:

Name:	Vorname:
Geburtsdatum:	Geburtsort:
Staatsangehörigkeit:	Pass oder Personalausweisnummer:
Anschrift:	
Beruf:	

### Angaben zum ausländischen Gast:

Name:	Vorname:	
Geburtsdatum:	Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit:	Reisepassnummer:	
Heimatanschrift:		
Verwandtschaftsverhältnis zum Gastgeber:		
Mitreisende, begleitende Personen:		
Ehegatte:	Geburtsdatum:	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Kinder:	Geburtsdatum:	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
		<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
		<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich

## Beabsichtigte Aufenthaltsdauer in Deutschland

Voraussichtliches Einreisedatum: \_\_\_\_\_ (max. 90 Tage innerhalb von 180 Tagen)

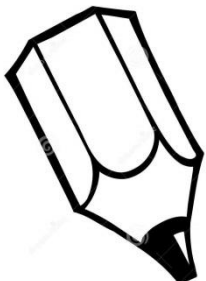
Wohnanschrift in Deutschland nach Ankunft des Gastes, sofern dieser nicht in der Wohnung des Gastgebers wohnen soll (Hotel, Pension, etc.):

---

(Dieser Antrag dient zur Übertragung der Daten in die Verpflichtungserklärung, die vom Gastgeber persönlich zu unterschreiben ist. Die Angaben sind freiwillig. Weitere Informationen erteilt das Ausländeramt. Auf die Info-Schrift wird hingewiesen.)

Folgende Unterlagen bitten wir vorzulegen:

- 3 Gehalts- oder Lohnabrechnung neuesten Datums
- oder letzter Einkommenssteuerbescheid
- oder Sicherheitsleistung
- Mietvertrag mit Wohnflächenangabe
- oder Glaubhaftmachungsmittel für Wohneigentum
- oder Nachweis der Anmietung einer Gastunterkunft
- Personalausweis oder Reisepass des Gastgebers
- Krankenversicherungsnachweis für den Gast/die Gäste
- Gebühr 29,00 €



## Belehrung zur Speicherung und Nutzung der Antragsdaten im VIS

Instruction sur l'enregistrement et l'utilisation des données dans le système d'information sur les visas (VIS)

Information about the retention and use of data in the Visa Information System (VIS)

Verpflichtungserklärung Nr.  
Déclaration de prise en charge n°  
Format obligation No.

Name / Nom / Surname

Reisepass Nr. / Passeport n° / Passport No.

Vorname(n) / Prénom(e)s / First name

Geburtsdatum und -ort / Né(e) le/à / Date and place of birth

Meine Kontaktdaten (Vor- und Nachname, Anschrift) und (sofern einschlägig) die Kontaktdaten meines Unternehmens oder meiner Organisation (Name und Anschrift des Unternehmens/der Organisation sowie Vor- und Nachname der jeweiligen Kontaktperson) werden nach Artikel 9 Nummer 4 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 vom 9. Juli 2008 (VIS-Verordnung, ABI. EG L 218/60 vom 13.8.2008) zur Prüfung des Visumantrags der Person(en), für die die Verpflichtungserklärung abgegeben wird, erhoben und für höchstens fünf Jahre im Visa-Informationssystem (VIS) gespeichert. Das Fehlen einzelner oder aller Daten führt zur Unwirksamkeit dieser Verpflichtungserklärung und kann die Ablehnung des Visumsantrags der Person(en), für die die Verpflichtungserklärung abgegeben wird, zur Folge haben.

Die Visumbehörden und die für die Visumkontrolle an den Außengrenzen und in den Mitgliedstaaten des Schengenraums zuständigen Behörden sowie die Einwanderungs- und Asylbehörden in den Schengen-Mitgliedstaaten haben während dieser fünf Jahre Zugang zu den im VIS gespeicherten Daten,

- um Visumanträge zu prüfen und zu entscheiden,
- um zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die rechtmäßige Einreise in das Gebiet und den rechtmäßigen Aufenthalt im Gebiet der Mitgliedstaaten erfüllt sind,
- um Personen zu identifizieren, die diese Voraussetzungen nicht bzw. nicht mehr erfüllen,
- um Asylanträge zu prüfen und
- um zu bestimmen, wer für die Prüfung vorgenannter Asylanträge zuständig ist.

Zur Verhütung, Aufdeckung oder Ermittlung terroristischer und anderer schwerer Straftaten (vgl. für Deutschland: § 3 des VIS-Zugangsgesetzes) haben von den Schengen-Mitgliedstaaten benannte Behörden und Europol im Einzelfall auf schriftlichen oder elektronischen Antrag hin Zugang zum VIS nach Maßgabe von Artikel 3 Absatz 1 der VIS-Verordnung. Die Abfrage erfolgt über zentrale Zugangsstellen, die dafür verantwortlich sind, dass die Zugangsvoraussetzungen und Verfahren des Beschlusses 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 (ABI. EU L 218/129 vom 13.8.2008) eingehalten werden.

Die für die Verarbeitung personenbezogener Daten im VIS verantwortliche Behörde nach Artikel 41 Absatz 4 der VIS-Verordnung in Deutschland ist das Bundesverwaltungsamt, D-50728 Köln, [EU-Zentrale-Services@bva.bund.de](mailto:EU-Zentrale-Services@bva.bund.de). Mir ist bekannt, dass ich berechtigt bin, in jedem Schengen-Mitgliedstaat eine Auskunft zu erhalten, welche Daten über mich im VIS gespeichert sind und von welchem Mitgliedstaat diese Daten an das VIS übermittelt worden sind. Außerdem ist mir bekannt, dass ich beantragen kann, mich betreffende unrichtige Daten zu berichtigen und mich betreffende unrechtmäßig gespeicherte Daten zu löschen. Die Berichtigung oder Löschung wird von dem Mitgliedstaat durchgeführt, der die mich betreffenden Daten an das VIS übermittelt hat. Informationen über die Verfahren zur Ausübung dieser Rechte liefert mir auf Wunsch das Bundesverwaltungsamt, D-50728 Köln, [EU-Zentrale-Services@bva.bund.de](mailto:EU-Zentrale-Services@bva.bund.de). Mir ist bekannt, dass diese Rechte auch bestehen, wenn die Verpflichtungserklärung von einem Unternehmen oder einer Organisation abgegeben wird.

Die in Deutschland zuständige Stelle für Beschwerden hinsichtlich des Schutzes personenbezogener Daten ist der/die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der/die unter folgender Adresse erreichbar ist:

Der oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Husarenstraße 30  
D-53117 Bonn  
Deutschland  
Tel.: +49 (0)228-997799-0  
Fax: +49 (0)228-997799-550  
E-Mail: [poststelle@bfdi.bund.de](mailto:poststelle@bfdi.bund.de)  
Webseite: [www.bfdi.bund.de](http://www.bfdi.bund.de)

Datum / Date / Date

Unterschrift / Signature / Signature

## Belehrung zur Speicherung und Nutzung der Antragsdaten im VIS

Instruction sur l'enregistrement et l'utilisation des données dans le système d'information sur les visas (VIS)

Information about the retention and use of data in the Visa Information System (VIS)

Verpflichtungserklärung Nr.  
Déclaration de prise en charge n°  
Format obligation No.

Name / Nom / Surname

Reisepass Nr. / Passeport n° / Passport No.

Vorname(n) / Prénom(s) / First name

Geburtsdatum und –ort / Né(e) le/à / Date and place of birth

Conformément à l'article 9, paragraphe 4, point f) du règlement (CE) n° 767/2008 du 9 juillet 2008 (règlement VIS, JO CE L 218/60 du 13 août 2008), mes coordonnées (prénom et nom, adresse) ainsi que, le cas échéant, celles de ma société ou de mon organisation (nom et adresse de la société/de l'organisation ainsi que prénom et nom de la personne de contact respective) seront recueillies et enregistrées dans le système d'information sur les visas (VIS) pour une période maximale de cinq ans en vue de l'examen de la demande de visa de la personne/les personnes pour laquelle/lesquelles une déclaration de prise en charge est déposée. L'absence d'une partie ou de la totalité des données rend cette déclaration de prise en charge caduque et peut entraîner le refus de la demande de visa de la/des personne/s pour laquelle/lesquelles la déclaration de prise en charge est déposée.

Pendant cette période de cinq ans, les autorités en charge de la délivrance des visas et les autorités en charge du contrôle des visas aux frontières extérieures et dans les États membres de l'espace Schengen, ainsi que les autorités en charge de l'immigration et de l'asile dans les États membres de Schengen, auront accès aux données enregistrées dans le VIS en vue

- d'examiner des demandes de visa et d'en décider,
- d'examiner si les conditions d'une entrée et d'un séjour légaux sur le territoire des États membres sont réunies,
- d'identifier des personnes ne remplissant pas ou plus ces conditions,
- d'examiner des demandes d'asile, et
- d'identifier l'autorité en charge de l'examen des demandes d'asile susmentionnées.

Aux fins de la prévention, de la détection et de l'investigation des infractions terroristes et autres infractions pénales graves (pour l'Allemagne, cf. § 3 de la loi relative à l'accès des autorités policières et répressives ainsi que des services de renseignement au système d'information sur les visas – *VIS-Zugangsgesetz*), les autorités désignées par les États membres de Schengen et Europol peuvent, dans des cas spécifiques et sur la base d'une demande présentée sous la forme écrite ou électronique, accéder au système d'information sur les visas conformément à l'article 3, paragraphe 1, du règlement VIS. La consultation s'effectue au moyen de points centraux d'accès, responsables du respect des conditions d'accès et des procédures établies par la décision 2008/633/JAI du Conseil du 23 juin 2008 (JO UE L 218/129 du 13 août 2008).

L'autorité responsable en Allemagne du traitement de données à caractère personnel dans le VIS en vertu de l'article 41, paragraphe 4, du règlement VIS est l'Office fédéral d'administration (Bundesverwaltungsamt, 50728 Cologne, Allemagne, [EU-Zentrale-Services@bva.bund.de](mailto:EU-Zentrale-Services@bva.bund.de)). J'ai compris que j'ai, dans tout État membre de Schengen, le droit d'obtenir communication des données me concernant qui sont enregistrées dans le VIS ainsi que de l'identité de l'État membre qui les a transmises au VIS. En outre, j'ai compris que j'ai le droit de faire rectifier des données me concernant qui sont inexactes et de faire effacer des données me concernant qui sont stockées illégalement. La rectification et l'effacement sont effectués par l'État membre ayant transmis au VIS les données me concernant. Sur demande, l'Office fédéral d'administration (Bundesverwaltungsamt, 50728 Cologne, Allemagne, [EU-Zentrale-Services@bva.bund.de](mailto:EU-Zentrale-Services@bva.bund.de)) me fournira des informations sur les procédures à suivre pour exercer ces droits. J'ai compris que ces droits sont également applicables si la déclaration de prise en charge est déposée par une société ou une organisation.

L'autorité compétente en matière de réclamations relatives à la protection des données à caractère personnel en Allemagne est le Commissaire fédéral à la protection des données et au droit à l'information dont les coordonnées sont les suivantes :

Der oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Husarenstraße 30  
D-53117 Bonn  
Allemagne  
Tél. : +49 (0)228-997799-0  
Fax : +49 (0)228-997799-550  
Adresse électronique : [poststelle@bfdi.bund.de](mailto:poststelle@bfdi.bund.de)  
Site web : [www.bfdi.bund.de](http://www.bfdi.bund.de)

Datum / Date / Date

Unterschrift / Signature / Signature

## Belehrung zur Speicherung und Nutzung der Antragsdaten im VIS

Instruction sur l'enregistrement et l'utilisation des données dans le système d'information sur les visas (VIS)

Information about the retention and use of data in the Visa Information System (VIS)

---

Verpflichtungserklärung Nr.  
Déclaration de prise en charge n°  
Formal obligation no.

---

Name / Nom / Surname

---

Reisepass Nr. / Passeport n° / Passport no.

---

Vorname(n) / Prénom(e)s / First name

---

Geburtsdatum und -ort / Né(e) le/à / Date and place of birth

My contact information (first name, surname, address) and (if relevant) the contact information of my company or organization (company/organization name and address and the first name and surname of the contact person there) will be recorded and stored in the Visa Information System (VIS) for no more than five years in order to examine the visa application of the person(s) for whom this formal obligation is submitted, in accordance with Article 9 (4) (f) of the VIS Regulation (Regulation (EC) No 767/2008 of 9 July 2008 (OJ L 218/60 of 13 August 2008)). Failure to supply any or all of this data will render this formal obligation invalid and may result in denial of the visa application of the person for whom this formal obligation is submitted.

The visa authorities and the authorities responsible for inspecting visas at the external borders and in the Schengen member states, as well as the immigration and asylum authorities within the Schengen member states, will have access to the data stored in the VIS during these five years

- to examine visa applications and make visa decisions,
- to determine whether the conditions for lawful entry into and lawful residence within the Schengen area have been met,
- to identify persons who do not or no longer meet these conditions,
- to examine asylum applications, and
- to determine who is responsible for examining such applications.

To prevent, detect and investigate terrorist and other serious crimes (for Germany, see Section 3 of the Act on Access to the VIS (VISZG)), Europol and the agencies designated by the Schengen member states have access to the VIS in individual cases upon written or electronic request in accordance with Article 3 (1) of the VIS Regulation. Queries are made via central access bodies which are responsible for ensuring compliance with the requirements for access and procedures given in Council Decision 2008/633/JHA of 23 June 2008 (OJ L 218/129 of 13 August 2008).

The Federal Office of Administration (Bundesverwaltungsamt, 50728 Cologne, Germany, [EU-Zentrale-Services@bva.bund.de](mailto:EU-Zentrale-Services@bva.bund.de)) is the authority responsible for processing personal data in the VIS as referred to in Article 41 (4) of the VIS Regulation. I am aware that I am entitled in any Schengen member state to be notified as to which information about me is stored in the VIS and which member state supplied this information to the VIS. I am also aware that I may apply to correct any incorrect data about me and to have any unlawfully stored data about me removed from the VIS. The member state which supplied the data about me to the VIS will make the necessary corrections or deletions. Information about the procedure for exercising these rights will be provided upon request by the Federal Office of Administration, 50728 Cologne, Germany, [EU-Zentrale-Services@bva.bund.de](mailto:EU-Zentrale-Services@bva.bund.de). I am aware that these rights also apply if the formal obligation is submitted by a company or an organization.

In Germany, complaints regarding the protection of personal data may be sent to the Federal Commissioner for Data Protection and Freedom of Information at the following address:

Der oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Husarenstraße 30  
D-53117 Bonn  
Germany  
Tel.: +49 (0)228-997799-0  
Fax: +49 (0)228-997799-550  
E-mail: [poststelle@bfdi.bund.de](mailto:poststelle@bfdi.bund.de)  
Website: [www.bfdi.bund.de](http://www.bfdi.bund.de)

---

Datum / Date / Date

---

Unterschrift / Signature / Signature

Ausländerbehörde / Auslandsvertretung: .....

**Erklärung des Verpflichtungsgebers vor der ABH / AV  
zur Abgabe der Verpflichtungserklärung**

**vom:** .....

**Nr.:** .....

„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

**1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen**

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungsgeber hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

**2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen**

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den gesamten sich der Einreise anschließenden Aufenthalt, auch auf Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts.

Im Regelfall endet die Verpflichtung mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltswitzweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde.

### **3. Vollstreckbarkeit**

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

### **4. Freiwilligkeit der Angaben**

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde von der Ausländerbehörde / Auslandsvertretung auf den Umfang und die Dauer der Haftung hingewiesen, die Möglichkeit von Versicherungsschutz sowie die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z. B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Absatz 2 Nummer 2h AufenthV gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Unterschrift des sich Verpflichtenden: .....

Datum, Name, Vorname